

Ohnehin war nie ein Dementi erfolgt und wie die Waffenstillstandsverhandlungen zeigen sollten, waren die hochfliegenden Pläne nur vordergründig zu den Akten gelegt worden, um im Herbst 1918 wieder geballt zum Vorschein zu kommen. Frankreich ging aus dem Krieg als schwacher Sieger hervor. Nur dank massiver britischer und vor allem amerikanischer Unterstützung war die Republik der Niederlage entgangen. Die industriellen und agrarischen Regionen im Osten des Landes mit praktisch nicht mehr vorhandener Infrastruktur glichen Mondlandschaften. Etwa 1,3 Millionen französische Soldaten hatten in den vergangenen vier Jahren ihr Leben auf den Schlachtfeldern gelassen oder galten als vermißt; aufgrund einer höheren Sterblichkeitsrate müssen weitere 200.000 Zivilpersonen sowie Hunderttausende Verwundete und Versehrte zu dieser Bilanz des Todes gerechnet werden. Noch immer war Frankreich seinem Nachbarn im Osten sowohl demographisch als auch ökonomisch unterlegen<sup>77</sup>. Ausgehend von der Prämisse, daß die militärische, geopolitische und wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands beseitigt werden sollte, um der geschwächten Republik künftig Sicherheit vor deutscher Aggression zu bieten, basierte die französische Verhandlungskonzeption in Versailles auf vier Säulen<sup>78</sup>: Eine Ostverschiebung der deutsch-französischen Militärgrenze durch die Errichtung autonomer Staaten zwischen beiden Ländern, die Beseitigung des preußischen Militarismus und der preußischen Dominanz durch weitgehende Entwaffnung und Föderalisierung des Reiches, die Schaffung eines kollektiven Bündnissystems gegen eine künftige deutsche Aggression sowie die Reduzierung des politischen und wirtschaftlichen Potentials des Reiches zugunsten einer ökonomischen Kräfteverschiebung nach Westen. In diesen Überlegungen über die französische „sécurité“ spielte auch die Saar eine zunehmend wichtige Rolle. Auf breiter Front wurden in der Deputiertenkammer die Ansprüche auf das Saarbecken angemeldet, die damit begründet wurden, daß Preußen in den vergangenen hundert Jahren zweimal Frankreich eines Teiles seines Territoriums beraubt habe; der Diebstahl der Saar 1815 schien gleichbedeutend mit dem Elsaß-Lothringens von 1871<sup>79</sup>. Mit weniger idealisierend-historischen, sondern vielmehr handfesten ökonomischen Argumenten plädierte das französische Kriegsministerium Ende November ebenfalls für die Annexion der Saar<sup>80</sup>. Dabei konnte sich die französische Regierung der breiten Unterstützung sicher sein, denn nach Jahren der Entbehrung schien es selbstverständlich, Deutschland als eine Nation von Kriegsverbrechern und Aggressoren finanziell und moralisch für die materiellen und physischen Schäden zahlen und büßen zu lassen, ohne zwischen ehemals verantwortlicher militärisch-politischer Führung und den neuen demokrati-

---

<sup>77</sup> Vgl. BARIÉTY: *Les relations*, S. 175 f.

<sup>78</sup> Die Rückeroberung Elsaß-Lothringens galt als Selbstverständlichkeit: Vgl. NÉRÉ, S. 12–16; BECKER; MAYER: *Problem der Sicherheit*; MIQUEL, S. 215–418; POIDEVIN/ BARIÉTY, S. 293–316. Vgl. ebenso den Forschungsüberblick von DÜLFFER: *Die französische Deutschlandpolitik*.

<sup>79</sup> Vgl. HIRSCH: *Saar in Versailles*, S. 27.

<sup>80</sup> Vgl. Ministère de la Guerre, 2<sup>e</sup> bureau (30.11.18), in: MAE, Paix 59.